

Dong-choon Kim

Die kollektive Erinnerung an die Massaker während des Koreakrieges und die historische Aufarbeitung in Südkorea

1. Die Massaker im Koreakrieg

Beim Koreakrieg handelt es sich um einen Krieg, bei dem die Zahl der getöteten Zivilisten gemessen an der Bevölkerungszahl höher war als in jedem anderen Krieg des 20. Jahrhunderts. Niedrig angesetzte Schätzungen beziffern die Zahl der Opfer unter der Zivilbevölkerung auf mehr als zwei Millionen. Es war ein blutiger Krieg mit Massentötungen, Erschießungen und Bombardements gegen Zivilisten, mit denen das reiche kulturelle Erbe Koreas zerstört wurde.¹ Die menschlichen Verluste des Krieges waren unermesslich. Millionen koreanischer Familien wurden gewaltsam getrennt und sind bis heute nicht wieder vereint. Mehr als eine Million chinesischer Soldaten kamen ums Leben und etwa 37.000 US-Soldaten wurden getötet oder gelten als vermisst. Nordkorea, das mehr als 12 Prozent seiner Bevölkerung verlor, litt am meisten unter dem Krieg. Die Massaker im Koreakrieg gehören zu den unbekanntesten Aspekten des Krieges. Dies gilt nicht nur für den Westen, sondern auch für Korea.² Der größere Teil dieser Verbrechen ist bislang noch nicht aufgedeckt, ausgenommen vielleicht die Massaker von No Gun Ri, über die die Nachrichtenagenturen AP und BBC be-

¹ Vgl. Dong-choon Kim, *Der Korea-Krieg und die Gesellschaft*, Münster 2007.

² Der Koreakrieg wurde in der amerikanischen Erinnerung weitgehend ignoriert. Im öffentlichen Bewusstsein der Amerikaner liegt der Koreakrieg chronologisch zwischen dem Zweiten Weltkrieg und dem Vietnamkrieg, womit er emotional zwischen einem moralisch gerechten und einem als ungerecht betrachteten Krieg steht. Er wurde nicht in dem Maße unterstützt wie das amerikanische Engagement im Zweiten Weltkrieg und auch nicht gleichermaßen verurteilt wie der Vietnamkrieg. US-Präsident Truman bezeichnete den Koreakrieg lediglich als „Polizeiaktion“. Mit dieser Bezeichnung wurden die brutalen Seiten des Krieges weitgehend ausgeblendet und die von den US-Truppen verübten Massaker stillschweigend legitimiert. Hierbei handelt es sich in der Tat um einen „vergessenen“ Krieg. Vgl. Frank Chalk/Kurt Jonassohn, *The History and Sociology of Genocide. Analyses and Case Studies*, New Haven 1990; Charles J. Hanley/ San-hun Choe/Martha Mendoza, *The Bridge at No Gun Ri. A Hidden Nightmare from the Korean War*, New York 2001; Bruce Cumings, *The Origins of the Korean War, Vol. 2: The Roaring of the Cataract, 1947–1950*, Princeton 1990; Department of the Army Inspector General, *No Gun Ri Review*, January 2001; Chalmers Johnson, *Blowback. The Costs and Consequences of American Empire*, New York 2001; Hirsch, Herbert, *Genocide and the Politics of Memory. Studying Death to Preserve Life*, Chapel Hill, Chapel Hill 1995; Dong-choon Kim, *War and Society*, Seoul 2000 [korean.]; Ders., *Forgotten War, forgotten Massacres. The Korean War as Licensed Mass Killing*, in: *The Journal of Genocide Studies*, 6,4 (2004); Leo Kuper, *Genocide. Its Political Use in the Twentieth Century*, New Haven 1981; Gavan McCormack, *Cold War, Hot War. An Australian Perspective on the Korean War*, Sydney 1983; Won-sun Park, *How Were the Fifty Thousand „Traitors“ Disposed? YoekSa BiPyoung* 1990 [korean.]; Jacques Semelin, *In Consideration of Massacres*, in: *Journal of Genocide Research* 3 (2001), S. 377–389; Ders., *From Massacre to the Genocidal Process*, in: *International Social Science Journal* (2002), S. 174; Ellen Schrecker, *McCarthyism and the Korean War*, in: David McCann/Barry S. Strauss (Eds.), *War and Democracy. A Comparative Study of the Korean War and Peloponnesian War*, New York 2001.

richtet haben.³ Als Reaktion auf den AP-Bericht begannen die amerikanische und die südkoreanische Regierung mit der Untersuchung der Vorfälle und veröffentlichten 2001 jeweils eigene Untersuchungsberichte. Der amerikanische Bericht aus dem Pentagon leugnete jedoch entschieden, dass es damals einen Befehl zur Ermordung unbewaffneter Zivilisten gegeben habe, während einige amerikanische Veteranen und koreanische Überlebende das Gegenteil bezeugt hatten. Beide Regierungen gingen jedoch nicht der Frage nach, ob es sich hierbei um ein einmaliges oder wiederholtes Ereignis des Koreakrieges handelte.

Es ist in Korea allgemein bekannt, dass der Fall No Gun Ri lediglich die Spitze eines Eisbergs darstellt. Mehr als einhundert ähnliche Vorfälle von Massentötungen durch US-Truppen und Hunderte illegaler Hinrichtungen durch südkoreanische Behörden sind bislang nicht aufgeklärt. Obwohl es sich dabei schon seit Langem um offene Geheimnisse insbesondere unter den älteren Südkoreanern handelte, legitimierten sie offizielle südkoreanische Stellen stets mit dem Hinweis auf den Kampf gegen den nordkoreanischen Kommunismus und versuchten, ihr Bekanntwerden in der Öffentlichkeit zu verhindern. Niemand, die Familienmitglieder von Opfern dieser Massaker eingeschlossen, wagte es, dieses Thema aufzugreifen und so blieb es für lange Zeit ein Tabu.

Auf der Grundlage wissenschaftlicher Forschungen und ausgehend von den Zeugnissen von Überlebenden können wir die Massaker während des Krieges, die in der Zeit vom 25. Juni 1950 bis zum 27. Juli 1953 stattgefunden haben, in drei Kategorien einteilen. Bei der ersten Kategorie handelt es sich um Fälle, die sich im direkten Zusammenhang mit militärischen Operationen ereigneten. Amerikanische Truppen erschossen und bombardierten koreanische Zivilisten bei ihren Operationen. Die südkoreanischen Truppen töteten ebenfalls Hunderttausende Zivilisten in Gebieten, die unter Verdacht standen, mit den nordkoreanischen Kräften zu kollaborieren. Zur zweiten Kategorie gehören jene Fälle, die im Rahmen dieses Aufsatzes diskutiert werden sollen: Es handelt sich um die von den Südkoreanern durchgeführten Massenhinrichtungen von verdächtigen Zivilisten und politischen Gefangenen, von denen man annahm, dass sie eine Gefahr und Bedrohung für die südkoreanische Regierung darstellen. Die nordkoreanischen Truppen waren nicht weniger brutal und töteten unter anderem zahlreiche Kriegsgefangene. Die dritte Kategorie betrifft staatlich geduldete und geförderte Übergriffe von paramilitärischen Jugendgruppen und Zivilisten. In Fällen, wo ein Familienmitglied in einem bestimmten Ort von paramilitärisch organisierten Jugendgruppen unter dem

³ Im Jahr 1999 veröffentlichte AP eine Geschichte, die die Weltöffentlichkeit vor fünfzig Jahren schockiert hatte. Sie wies auf die in den Kriegswirren verfangenen Flüchtlinge hin, die durch US-Truppen angegriffen und getötet wurden. Siehe dazu Hanley/Choe/Mendoza, Bridge at No Gun Ri. Die BBC berichtete ebenfalls darüber. Vgl. www.bbc.co.uk/history/worldwars/coldwar/korea_usa_01.shtml; news.bbc.co.uk/1/hi/world/asia-pacific/461355.stm.

Schutz der Okkupanten getötet wurde, rächten sich die anderen Familienangehörigen, indem sie die Familien der Täter nach dem Rückzug der gegnerischen Truppen umbrachten. Diese Form von lokaler wechselseitiger Rache war in beinahe jedem Winkel der koreanischen Halbinsel während des Krieges zu beobachten.

Obwohl die menschlichen Kosten des Koreakrieges kaum zu bemessen sind, führten der Kalte Krieg und der innerkoreanische Konflikt dazu, dass die Problematik in Südkorea bis heute weitgehend tabuisiert wurde. Auf dem Weg zu einer nationalen Einigung kommt diesem Thema jedoch eine Schlüsselrolle für die Überwindung der Spannungen zwischen den beiden Koreas zu. Eine Aufarbeitung der verdrängten Erinnerungen und eine historische Klärung dieser Massaker wären ein erster Schritt in diese Richtung.

2. Unter dem Antikommunismus. Das Leiden der Angehörigen der Opfer

Der in Südkorea seit 1953 vorherrschende Antikommunismus förderte die kollektive Amnesie hinsichtlich der Massentötungen während des Koreakrieges, die von der südkoreanischen Armee und den US-Truppen begangen wurden. Die offizielle südkoreanische Bezeichnung und Charakterisierung für den Krieg, die das Datum des 25. Juni in den Mittelpunkt stellt – jenes Datum, an dem die nordkoreanischen Truppen in Südkorea einmarschierten – lässt keinen Raum für alternative Erzählungen des Koreakrieges, die im Widerspruch zur offiziellen Deutung stehen. Politiker und Medien haben sich bislang dagegen gesträubt, die Fälle von Massentötungen durch südkoreanische Truppen während des Koreakrieges anzusprechen. Sie haben sich bisher kaum bemüht, die Wahrheit herauszufinden und die Stimmen der Opfer zu hören. Die meisten südkoreanischen Medien zitierten lediglich den Bericht von AP über die Vorfälle in No Gun Ri. Das Verteidigungs- und das Außenministerium gaben keinerlei Kommentare zur Veröffentlichung des US-Berichts über No Gun Ri ab, der den Zwischenfall, der sich inmitten einer Gefechtssituation ereignet hatte, leugnete und stillschweigend das Vorgehen der Amerikaner rechtfertigte. Das in den USA und in Korea zu beobachtende Schweigen scheint nicht in erster Linie auf ein Defizit an Erinnerung zurückzuführen zu sein, sondern eher auf ein erschreckendes Maß an Ignoranz. Man kann sagen, dass die Opfer gewissermaßen dreimal getötet wurden. Das erste Mal geschah dies durch die Massentötungen vor und während des Koreakrieges (1948–1953), zum zweiten Mal 1961 durch die Folgen des Militärputsches, durch den jegliche Versuche der Angehörigen, das Verschwinden und die Ermordung ihrer Familienmitglieder aufzuklären, unterdrückt wurden.⁵

Zum dritten Mal starben sie durch die Ächtung als „Rote“, die bis 1980 einem System der „Sippenhaft“ unterworfen waren. Das erklärt auch, weshalb sich im modernen Südkorea kaum eine politische Opposition entwickeln konnte.

Ein weiteres Problem für die Aufklärung der Verbrechen ist, dass offensichtlich Eintragungen in Familienregister gefälscht wurden. So ist beispielsweise dort festgehalten, dass zahlreiche Bewohner der südkoreanischen Stadt Mungyeong durch kommunistische Guerillas umgebracht worden seien, obwohl sie nachweislich im Dezember 1949 vom südkoreanischen Militär getötet worden waren. Ähnlich wird in den Familienregistern der Provinz Süd-Gyeong-sang bei den Opfern der vom Militär verübten Massaker die Todesursache als „unbekannt“ angegeben. Jeglicher Versuch, dieses Problem öffentlich zu machen, wurde als ein Angriff auf den antikommunistischen Staat gewertet und unterdrückt. Um überleben zu können, mussten diejenigen, die die Wahrheit kannten, fortan schweigen.

3. Nach dem Zusammenbruch des Militärregimes: Die Überlebenden fordern erstmals Aufklärung

Nach dem Zusammenbruch des Militärregimes im Jahr 1987 konnten die Angehörigen der Opfer der Massaker während des Koreakrieges sich erstmalig öffentlich artikulieren und eine Aufarbeitung der Vorfälle fordern. Die Debatte über die Vorkommnisse in Guchang und die Ereignisse des 3. April auf Jeju waren typische Beispiele dafür, dass die ersten Versuche, die verdrängte Geschichte zu thematisieren, unmittelbar nach dem Ende des Militärregimes einsetzten.

Während die Bemühungen zur Aufarbeitung der Vorfälle in Guchang in erster Linie von den Angehörigen der Opfer ausgingen, wurden die Übergriffe auf Jeju vor allem von Intellektuellen, politischen Aktivisten und lokalen Medien publik gemacht. Die Veränderungen der politischen und ideologischen Landschaft im Zuge der Demokratisierung und die Forderungen der Intellektuellen ermutigten die überlebenden Familien, über die lange tabuisierten Ereignisse zu sprechen. Die Intellektuellen und Journalisten argumentierten, dass es sich bei den Opfern der Ereignisse vom 3. April um unschuldige Zivilisten gehandelt hat, die sich an keinerlei antistaatlichen Aktivitäten beteiligt hatten. Gegen den Widerstand der extremen Rechten nahm die südkoreanische Regierung unter Young-sam Kim und Daejung Kim schließlich die Gesetze an, um die genannten Ereignisse aufzuarbeiten. Das Sondergesetz zu Guchang wurde 1996 verabschiedet und hatte zum Ziel, die Ehre der Opfer wiederherzustellen. Das Jeju-Gesetz zur Untersuchung der Übergriffe vom 3. April und zur Wiederherstellung der Ehre der Opfer aus dem Jahr 2000 zielte ebenfalls auf die Ermittlung der Tatsachen und die Rehabilitierung der Opfer, die lange Zeit als „linke Verbrecher“ gebrandmarkt worden waren. Die im Zusammenhang mit den beiden Gesetzen gebildeten Untersuchungskommissionen standen vor einer schwierigen Aufgabe. Im Fall von Guchang wurde der Auftrag des Gesetzes nahezu vollständig umgesetzt: Die Opfer wurden rehabilitiert und es wurde eine Erinnerungsstätte an das Massaker geschaffen. Die Opfer fordern nun eine Entschädigung. Die für die Aufklärung der Verbrechen in Jeju zuständige Kommission konnte ihre Untersuchungen ebenfalls abschließen und brachte eine Rehabilitierungsinitiative auf den Weg. Allerdings kamen große Zweifel auf, ob die Kommission überhaupt in der Lage ist, die Wahrheit darüber herauszufinden, wer die Zivilisten getötet hat und wie groß die Zahl der Opfer ist. Als besonders heikel erwies sich die Untersuchung der Rolle der US-Truppen bei der gegen die Rebellen gerichteten militärischen Operation. Der Abschlussbericht kam hier zu keinem klaren Ergebnis. Er stellte allerdings fest, dass 86 Prozent der 14.373 Toten auf das Konto der Nationalgarde, der

Polizei und diverser rechter Gruppen gehen. Präsident Moo-hyun Roh entschuldigte sich danach öffentlich für die Taten der Vorgängerregierung und sprach den Opfern sein Mitgefühl aus. Im Ergebnis des Berichts wurde die bisherige Bezeichnung der Ereignisse als „Rebellen-Zwischenfall vom 3. April“ abgelegt, ohne dass es inzwischen zu einer Einigung gekommen wäre, wie die Vorfälle künftig benannt werden sollen. Trotz aller Einschränkungen bedeutete die offizielle Anerkennung der Tatsache, dass es unschuldige Opfer unter der Zivilbevölkerung gegeben hatte, durch die südkoreanische Regierung einen wichtigen Fortschritt auf dem Weg der historischen Aufarbeitung der Massaker.

4. Die historische Aufarbeitung und ihre Hindernisse

4.1. Die Entwicklung der Bewegung und die Gesetzgebung

In dem Maße wie offensichtlich wurde, dass die Massaker während des Koreakrieges nicht auf einzelne isolierte Orte wie Guchang, Jeju und No Gun Ri begrenzt waren, entwickelte sich in Südkorea im Jahr 2000, also ein halbes Jahrhundert nach dem Ausbruch des Krieges, eine landesweite Bewegung zur Aufklärung dieser Verbrechen. Die Zahl der Überlebenden und Augenzeugen dieser Ereignisse ist allerdings bereits rapide gesunken. Selbst bei einigen unentschlossenen Intellektuellen wuchs deshalb die Überzeugung, dass es höchste Zeit sei, die Ehre der Opfer wiederherzustellen und die Klärung der Fakten nicht weiter hinauszuzögern. Dies hat die Bewegung gestärkt. Es handelte sich dabei gewissermaßen um einen Versuch, das unterdrückte Gedächtnis über den Koreakrieg wiederzubeleben. Am 7. September 2000 wurde die „Nationale Allianz zur Klärung der Massaker während des Koreakrieges und zur Wiederherstellung der Ehre der Opfer“ als Nichtregierungsorganisation mit dem Ziel gegründet, die Koreanische Nationalversammlung dazu zu bewegen, ein umfassendes Gesetz zur Aufklärung dieser Verbrechen auf den Weg zu bringen.

Die Organisation mobilisierte in der Folgezeit die überlebenden Familien und appellierte an die Politiker, ein Gesetz zur historischen Aufarbeitung zu verabschieden. Sie verteilte Flugblätter, die dazu aufforderten, die unterdrückte Erinnerung an den Koreakrieg öffentlich bekannt zu machen.⁴ Parallel dazu bildete sich eine „Nationale Vereinigung der Hinterbliebenen der Massaker während des Koreakrieges“. Obwohl die meisten Familienmitglieder der Opfer weiter zum Schweigen neigten und sich nur schwer von ihrer Angst vor möglichen Sanktio-

⁴ Siehe dazu www.genocide.or.kr. Die Mitbegründer der Organisation waren Intellektuelle, Menschenrechtsaktivisten und Anwälte.

nen lösen konnten, gelang es einigen mutigen Persönlichkeiten, sie zur Mitarbeit zu bewegen.⁵

Auf Betreiben der Organisation wurde 2004 der Entwurf eines Sondergesetzes zur Klärung der zivilen Opfer des Koreakrieges auf die Tagesordnung der 16. Nationalversammlung gesetzt. Erwartungsgemäß lehnte die Große Nationalpartei, die über die Mehrheit in der Nationalversammlung verfügte, den Gesetzesentwurf ab. Mit den Wahlen von 2005 änderten sich jedoch die Mehrheitsverhältnisse und die regierende liberale Uri-Partei (Yeollin uridang/Unsere offene Partei), verfügte nun über die Mehrheit der Sitze im Parlament. Erstmals in der südkoreanischen Geschichte konnten sich damit liberale politische Kräfte in der Nationalversammlung durchsetzen und Präsident Roh stand an ihrer Spitze. Anlässlich des Jahrestages der Befreiung Koreas von der japanischen Kolonialherrschaft am 15. August 2004 erwähnte Präsident Roh, dass es notwendig sei, in einem umfassenden Sinne mit der Vergangenheit ins Reine zu kommen. Dies ermutigte die politischen Aktivisten der Bewegung zur Aufklärung der Massaker und die überlebenden Familien, sich weiter für eine Gesetzesinitiative stark zu machen.

Neben der Problematik der Massaker hatte sich die koreanische Gesellschaft mit einer Reihe weiterer weißer Flecken in ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen, unter anderem mit den Aktivitäten der projapanischen Kräfte in der Zeit der Kolonialherrschaft und einer Reihe von mysteriösen Todesfällen in der Zeit der Militärregierungen. Alle diese Fragen konnten nicht durch ein Gesetz allein abgedeckt werden. Präsident Roh betonte jedoch, dass eine umfassende und weitreichende Lösung auf dem Gebiet der Auseinandersetzung mit diesen Lasten der Vergangenheit erzielt werden müsse. Ermutigt durch die Stellungnahme des Präsidenten kamen im September 2004 die Vertreter verschiedener Organisationen zusammen und bildeten eine Allianz für eine umfangreiche Gesetzesinitiative zur Auseinandersetzung mit vergangenem Unrecht, das durch die Regierungen seit der Gründung der Republik Korea begangen wurde.

Die Allianz legte den Entwurf eines „Grundlegenden Gesetzes für Wahrheit und Versöhnung“ vor und suchte die Zusammenarbeit mit der regierenden Uri-Partei, um es durch das Parlament zu bringen. Die stärkste oppositionelle Kraft, die aus der Fusion von verschiedenen

⁵ Die traumatische Erinnerung an ihre Aktivitäten im Jahr 1960 und die sich daran anschließende Verfolgung durch die von Chung-hee Park geführten Militäreinheiten schienen immer noch nachzuwirken. Der Sturz von Syng-man Rhee, des ersten Präsidenten Südkoreas, im Jahr 1960 löste breite soziale und politische Aktivitäten aus, die seit seinem Machtantritt 1948 unterdrückt worden waren. Die „Nationale Vereinigung der Hinterbliebenen der Massaker während des Koreakrieges“ gründete sich damals und wagte eine öffentliche Demonstration, indem sie nach den Ursachen für den Tod ihrer Familienmitglieder fragte. Sie forderte die Bestrafung der Verantwortlichen. Nichtsdestoweniger wurden die Führer der Bewegung nach dem Staatsstreich vom 16. Mai 1961 als Linke verhaftet und die Bewegung unterdrückt. Seitdem gab es zunächst keine nationale Bewegung dieser Hinterbliebenengruppe mehr.

rechten Parteien 1997 entstandene Große Nationalpartei (Hannara dang) lehnte diese Initiative zur Aufarbeitung der Vergangenheit entschieden ab und sah in ihr eine politische Strategie zur Schwächung der konservativen Kräfte. Als Alternative zu der genannten Gesetzesinitiative und der darin vorgesehenen Bildung einer unabhängigen Organisation zur Untersuchung der Verbrechen schlugen die Konservativen die Einrichtung eines Forschungsinstituts für moderne koreanische Geschichte vor, das sich bei Bedarf solcher Fragen annehmen könne. Bei den Aktivisten und Überlebenden stieß dieser Vorschlag auf Kritik. In ihren Augen ging die Aufklärung des vergangenen Unrechts weit über eine rein akademische Forschung hinaus, da es in erster Linie darum gehen müsse, den notwendigen politischen Druck auf Regierungsorganisationen auszuüben, damit diese alle für die Massaker relevanten Dokumente herausgeben. Ohne die Untersuchung des Anteils staatlicher Institutionen bei den Gesetzesverletzungen, ohne den Zugang zu allen relevanten Informationen und ohne die Anhörung der Betroffenen musste in ihren Augen die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit eine Farce bleiben. Es war offensichtlich, dass die Konservativen mit ihrem Alternativvorschlag der Bewegung zur Aufarbeitung den Wind aus den Segeln zu nehmen suchte.

Obwohl die Große Nationalpartei anfänglich gegen die Gesetzesinitiative auftrat und ein Forschungsinstitut als Alternative vorschlug, akzeptierte sie schließlich das Gesetzesvorhaben, allerdings mit einer Reihe von weitreichenden Änderungen. Das im Gesetz enthaltene Mandat der Kommission zur Untersuchung der Vorfälle wurde abgeschwächt. Darüber hinaus wurden zusätzliche Bestimmungen zum Untersuchungsauftrag des Gremiums in das Gesetz aufgenommen.⁶ Am 3. Mai 2005 passierte das erheblich modifizierte Gesetz schließlich die Koreanische Nationalversammlung. Dem Auftrag des Gesetzes entsprechend wurde im Dezember 2005 die „Wahrheits- und Versöhnungskommission der Koreanischen Republik“ (TRCK) gegründet. Der Auftrag der TRCK bestand in der Klärung der genauen Umstände der Massaker und in der Wiederherstellung der Ehre der Opfer und ihrer Familien. Die Kommission hatte den Status einer unabhängigen Regierungsorganisation, deren Mitglieder vom Präsidenten, der Nationalversammlung und vom Generalstaatsanwalt berufen wurden.⁷ Im Mittelpunkt der Untersuchungen der Kommission sollten gegenüber Zivilisten verübte Verbrechen während des Koreakrieges stehen. Damit konnten die Massaker während des Krieges erstmals seit dem Waffenstillstand von 1953 einer umfassenden Untersuchung unterzogen werden.

⁶ So argumentierten die Konservativen, dass nicht nur die Massaker der eigenen Truppen, sondern auch die Aktionen der nordkoreanischen Truppen untersucht werden sollten. Die Uri-Partei schloss in dieser Frage einen Kompromiss mit der Großen Nationalpartei, woraufhin ein entsprechender Artikel in den Gesetzestext aufgenommen wurde.

⁷ Siehe dazu www.jinsil.go.kr/English/index.asp.

4.2. Hindernisse auf dem Weg zu einer historischen Aufarbeitung

4.2.1. Der Widerstand der extremen Rechten

Jeder Versuch, mit vergangenem Unrecht umzugehen, mag in gewisser Hinsicht ein politisches Vorhaben sein, dessen Ergebnis häufig durch die vorgegebene politische Landkarte beeinflusst wird. Schaut man sich im Rückblick einige Länder und deren Übergang in die Demokratie an, fallen die zahllosen Schwierigkeiten und das nicht selten vorkommende Scheitern dieses Prozesses auf. Die alten politischen Kräfte in einer Gesellschaft sterben nicht einfach aus. Sie üben weiterhin einen hohen sozialen und politischen Einfluss aus und wehren sich grundsätzlich gegen alles, was ihrer Meinung nach angestammte Rechte in Frage stellt.

Während in der Vergangenheit die Korean Central Intelligence Agency (KCIA) sowie militärische und andere rechtsgerichtete Gruppen das Bollwerk der antikommunistischen Ordnung in Südkorea darstellten, übernehmen heute die wichtigste Oppositionspartei, also die Große Nationalpartei, einige Staatsanwälte sowie die Zeitungen Chosun Ilbo, Dong-a Ilbo und Joong-ang Ilbo – die „großen Drei“ – die Rolle von Befürwortern einer „konstitutionellen Ordnung“, die sich „Legitimität der Republik von Korea“ nennt. Sie haben systematisch neue Beweise und Argumente ignoriert, die der offiziellen Sichtweise auf den Koreakrieg widersprechen. Die Chosun Ilbo beispielsweise – an der Spitze der koreanischen extremen Rechten – reagierte empfindlich auf Politiker und Intellektuelle, die mit Positionen auftraten, die von der offiziellen Deutung des Koreakrieges abwichen.⁸ Die Konservativen und die extreme Rechte können sich bis heute noch immer nicht mit dem Wandel des historischen Bildes vom Koreakrieg abfinden. Sie stehen für die Krisenstimmung unter jenen, die von den langjährigen antikommunistischen Regimen in Südkorea profitiert haben, vom Staatsterrorismus, vom autoritären System und seiner pro-amerikanischen Haltung.

Die konservativen „großen Drei“ haben sich systematisch gegen eine historische Aufarbeitung gestellt, die sie als unzeitgemäßes und verheerendes Vorhaben betrachten. Sie sei ohne Nutzen, rückwärtsgewandt und würde die Gesellschaft spalten. Mit ihren politischen Motiven zielen sie darauf, so der Vorwurf, die vorherrschende Ordnung eines antikommunistischen Staates, einer erfolgreichen Wirtschaft und damit auch die Basis der größten oppositionellen Partei zu zerstören. Sie waren ebenso erfolgreich in ihren Bestrebungen, die desinteressierte

⁸ Ein Soziologe wurde beispielsweise für seine Ansicht strafrechtlich verfolgt, der Koreakrieg habe eigentlich einen Krieg mit dem Ziel nationaler Einigung dargestellt.

Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass es wichtiger sei, in die Zukunft zu schauen, als in der Vergangenheit herumzuwühlen. Mit dieser Logik wollten sie jegliche Bewegung zur historischen Aufarbeitung isolieren und die Bemühungen verhindern, den Opfern zu Recht und Würde zu verhelfen.

Südkoreas wachsende Zivilgesellschaft in den 1990er Jahren, in der Experten eine „Explosion von Bürgerbewegungen“ und ein fortschreitendes allgemeines Bewusstsein über Menschenrechte erkennen, hat Raum geschaffen, um sich mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Die Konservativen und die extreme Rechte hingegen sahen darin eine politische Intrige der Linken, mit dem Ziel, sie politisch kaltzustellen. Das erinnert an den 16. Mai 1961, als das Militär die Führung der National Bereaved Association (Nationale Hinterbliebenenvereinigung) mit der Behauptung festnahm, der linke Flügel bedrohe die verfassungsgemäße Ordnung. Ihrer Meinung nach waren selbst die Stimmen der Opfer und ihrer Familien durch Ideologie verzerrt. Umgekehrt zeigen diese Reaktionen der Konservativen und der extremen Rechten, dass die historische Aufarbeitung zugleich ihre Achillesferse darstellt.

Diese Gruppen haben von jeher geleugnet, dass es Massentötungen durch amerikanische und südkoreanische Truppen gegeben hat. Sollten überhaupt einige Todesfälle während des Koreakrieges auf südkoreanische und amerikanische Truppen zurückzuführen sein, dann nur, weil sie Südkorea verteidigt haben. Die Passivität, die das koreanische Verteidigungs- und Außenministerium angesichts der offensichtlich verzerrten Darstellung des No Gun Ri-Vorfalles an den Tag legt, erklärt sich vor diesem Hintergrund.⁹ Keine Regierungsinstitution Südkoreas, wie beispielsweise die Polizei oder das Verteidigungsministerium, hat je freiwillig eine Initiative zur Aufarbeitung von Kriegsverbrechen gezeigt. Die „großen Drei“ haben nie von diesen Vorfällen berichtet, abgesehen von dem bereits erwähnten Bericht der Nachrichtenagentur AP.

⁹ Die offizielle Position der beiden Regierungsstellen zu dem Vorfall unterschied sich nicht von der amerikanischen Sichtweise, die von der „Unsicherheit der Kampfsituation“ ausging. Sie ignorierten die Aussagen von US-Soldaten, die behaupteten, sie hätten Befehle zum Beschießen von Zivilisten bekommen.

4.2.2. Mangelnde Kenntnisse über die versteckten Aspekte des Koreakrieges

Zur Erreichung öffentlicher Unterstützung bei der Verarbeitung der Massaker des Koreakrieges, ist aber auch das Überwinden der weitverbreiteten Unwissenheit über die eigene Geschichte notwendig. Die offizielle Version, nach der der Koreakrieg durch den Überfall Nordkoreas ausgelöst worden war und die Kommunisten daher gleichzeitig für alle folgenden Tragödien verantwortlich seien, dominierte die Erziehungspolitik in Südkorea seit dem Ende des Krieges 1953. Die Älteren, die staatlicher Gewalt von Polizei und Militär zugesehen hatten oder sie selbst erfahren mussten, erwähnten davon nichts. Die Erinnerungen der Opfer wurden bisher ebenfalls unterdrückt. Einige der älteren Koreaner, die als Augenzeugen die Verbrechen sowohl der Nord- als auch der Südkoreaner hautnah miterlebt hatten, hielten Massentötungen immerhin für möglich, als sie von den Vorfällen bei No Gun Ri hörten. Doch auch sie halten es für zwecklos, an der Vergangenheit zu rühren. Einige wissen zudem sehr gut, dass es noch immer gefährlich ist, über die Vergehen der südkoreanischen Truppen während des Krieges zu sprechen. Da sich viele der Massentötungen in ländlichen Gebieten zwischen Nachbarn und Familienclans abspielten, garantierte das Schweigen über diese Ereignisse ein friedliches Nebeneinander.

Ebenso wie in anderen Ländern hüllen sich auch in Südkorea ehemalige Soldaten, die unter dem Kommando ihrer Vorgesetzten an den Kriegsverbrechen beteiligt waren, in Schweigen. Vergleichbar mit japanischen Soldaten, die vor 1945 viele chinesische Zivilisten vergewaltigt und getötet hatten, bereute kein südkoreanischer Veteran seine Verbrechen, die er im Koreakrieg begangen hatte.¹⁶ Nachdem Massaker von amerikanischen und koreanischen Truppen an der Zivilbevölkerung nach dem Jahr 2000 offengelegt worden waren, wandte sich kein Veteran an die Öffentlichkeit. Das Vermächtnis des Antikommunismus sowie das kaum vorhandene öffentliche Bewusstsein für Frieden hat sie möglicherweise daran gehindert, als Zeugen aufzutreten. Die Lage gestaltet sich für junge Menschen nicht anders. Obwohl junge Südkoreaner über den Holocaust oder die Massaker in Kambodscha gut unterrichtet sind, haben sie nie in Erwägung gezogen, dass sich schockierende Massentötungen auch vor und während des Koreakrieges abgespielt haben könnten. Wie Chalmers Johnson gezeigt hat, erwähnten die amerikanischen Medien in keiner Weise die Ereignisse vom 3. April 1948, als US-Präsident Clinton 1999 zum ersten Mal die Insel Jeju besuchte, um mit dem koreanischen Präsidenten Dae-jung Kim zusammenzutreffen. Auf der anderen Seite schwiegen auch die koreanischen Medien zu diesem Besuch. Bürger, die in der Schule nie etwas über die Ereig-

nisse auf Jeju im April 1948 erfahren haben, wissen folglich nichts über die wahren Begebenheiten und die Verantwortung der US-Truppen. Diese Episode steht beispielhaft für das aktuelle öffentliche Bewusstsein zur Aufarbeitung.

4.2.3. Konflikte zwischen den Befürwortern einer historischen Aufarbeitung

Um das Jahr 2000 wurden die ersten Bemühungen um die historische Aufklärung der Massaker des Koreakrieges von um Objektivität bemühten Intellektuellen ins Leben gerufen. Doch traumatisierte Opfer und deren Familien wagten es damals nicht, ihr erlittenes Schicksal zu erzählen. Sie wurden von jenen, die um Gerechtigkeit bemüht waren, ermutigt, sich zu äußern. Als man schließlich begann, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, schlossen sich dem auch einige Opfer und deren Familien an. Hätte es nicht diese Hilfe der um Aufklärung Bemühten gegeben, hätte das Thema der Massenmorde kaum Publikum gefunden. Doch die Zusammenarbeit von Intellektuellen und Opfern schaffte es trotzdem nicht, daraus eine breite Bewegung zu formen. Bittere Erinnerungen unter den überlebenden Familien machten jeden verdächtig, der sich aktiv einbringen wollte. Da ihnen gesagt wurde, dass das Hauptmotiv für die Tötung ihrer Familienmitglieder im Krieg deren Nähe zum Kommunismus gewesen sei, schrecken sie vielfach davor zurück, sich in Organisationen oder anderen gemeinschaftlichen Aktivitäten zu engagieren. Sie nahmen an, jede Beteiligung an Gemeinschaftsaktionen führe in der Zukunft zu Racheakten, so wie am 16. Mai 1961, als die National Association of the Massacred durch das Militär aufgelöst und ihre Führer ins Gefängnis geworfen worden waren. Die negativen Erfahrungen der gescheiterten Opferinitiativen, die nach dem Untergang der Rhee-Diktatur im kollektiven Gedächtnis eingebrannt waren, hinderten sie daran, sich in unabhängigen Verbänden zu organisieren. Dazu kam aber auch, dass ein Großteil der ersten Generation des Koreakrieges im Jahr 2000 bereits sehr alt oder sogar verstorben war.¹⁰

Doch auch die Opferverbände sind untereinander zerstritten. Als einer dieser Verbände eine Petition einreichen wollte, traten interne Spannungen auf. Es lief darauf hinaus, dass einige Betroffene sich und ihre Eltern als „komplett unschuldige Zivilisten“ betrachteten und sich von denen distanzierten, die während des Koreakrieges umkamen, weil sie der Mitarbeit mit dem nordkoreanischen Militär verdächtigt wurden. Sie fürchteten, sie würden mit den Kommunisten in einen Topf geworfen und in ihren Bemühungen, das Unrecht aufzuarbeiten,

¹⁰ Im Jahr 1960, als Opfer und Täter zwischen 20 und 40 Jahren alt waren, forderten die Opfer offen die Strafverfolgung ihrer Peiniger. Doch eine Zeitspanne von vierzig Jahren genügte offenbar, die Feindseligkeit zwischen den Gruppen aufzuheben.

diskreditiert werden. Aus diesem Grund unterstützten sie in der Regel konservative Parteien und politische Führer, selbst wenn sie auf der Seite der Täter standen.¹¹

5. Kontroversen nach der Schaffung der Wahrheitskommission 2005

5.1. Modell und Vorgehensweise von historischer Aufklärung

Historisch gesehen gibt es zwei Modelle, wie mit Vergangenheiten umgegangen werden kann: Sieger urteilen über Besiegte wie in den Nürnberger Prozessen oder es besteht die Möglichkeit der Aussöhnung wie in Südafrika. Die Presidential Truth Commission on Suspect Deaths in Korea (2000–2004) steht zwar dem südafrikanischen Modell näher, doch sie arbeitet ebenso mit Elementen der Bestrafung. Da sich die beiden koreanischen Staaten faktisch noch im Kriegszustand befinden, der Koreakrieg aus politischer Sicht sehr kompliziert war und die Massaker bereits vor langer Zeit passierten, war es bisher nahezu unmöglich, das Thema Bestrafung zur Sprache zu bringen. Die extreme Rechte in Südkorea argumentiert, dass Nordkorea als Urheber des Krieges gegen den Süden sich zuerst für das Leid, das sie den Südkoreanern angetan hätten, entschuldigen müsse. Vorher gebe es kein Gipfeltreffen. Ihrer Meinung nach sei Nordkoreas Il-sung Kim ein Kriegsverbrecher, der Millionen von Koreanern auf dem Gewissen habe. Von Beginn an gab es unter den Befürwortern der historischen Aufarbeitung eine stillschweigende Übereinkunft, dass es besser wäre, mit Fakten und Tatsachen die Ehre der Opfer wiederherzustellen und die eigene Geschichte gerade zu rücken als rechtliche und politische Maßnahmen einzuleiten. In diesem Punkt unterscheidet sich Korea von anderen Staaten. Diesen Standpunkt gibt das Basic Law für Truth and Reconciliation wieder, das vom Nationalrat verabschiedet wurde.

Aber die Frage nach Bestrafung bleibt für einige Betroffene und Aktivisten noch bestehen. Ein Teil der Koreaner denkt, dass es keine Möglichkeit gibt, mutmaßliche Täter wie Veteranen und ehemalige Polizisten zu wichtigen Aussagen zu bewegen, wenn man sie nicht mit einer drohenden Strafe unter Druck setzen kann. Dann gebe es auch keine Möglichkeit, die historische Aufarbeitung auf die nächste Ebene zu führen: zu einer formalen Entschuldigung bei den Betroffenen, die zur Aussöhnung führen könne. Während sich diese kleine Oppositionsgruppe Gehör verschafft, herrscht allgemein immer noch eher die Ansicht, dass Strafverfolgung auf ein Minimum reduziert werden solle. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Wahrheit „soziale Bestrafung“ genannt werden. Die Mitglieder der Wahrheitskom-

¹¹ Die Hinterbliebenen des Guchang-Vorfalles sagten, sie hätten die Konservativen bei jeder folgenden Wahl unterstützt, um nicht als Kommunisten zu gelten.

mission sind der Meinung, dies sei für den südkoreanischen Kontext wesentlich angemessener.

Ein weiteres Problem ist die Frage der Wiedergutmachung. Ein einziges Mal hat die südkoreanische Regierung eine Politik der Entschädigung betrieben, als sie den Opfern des Massakers vom 18. Mai 1980 in Kwangju individuelle Hilfen zukommen ließ. Wie gewöhnlich stellen materielle Entschädigungen die besten Mittel dar, um die Betroffenen versöhnlich zu stimmen. Doch auch hier wurde versucht, einen Kompromiss auszuhandeln, um auf Untersuchungen zu verzichten. Als Taewoo Roh, ein früherer General, der vermutlich in das Kwangju-Massaker von 1980 involviert war, 1988 zum Präsidenten gewählt wurde, setzte er sich für einen Gesetzentwurf ein, der die Wiedergutmachung gegenüber den Opfer des Massakers als ein Zeichen nationaler Aussöhnung begriff. In diesem Fall funktioniert die Wiedergutmachung nicht als Instrument der Gerechtigkeit, sondern um Regimekritiker im Zaum zu halten.

Die Südkoreaner konnten die Art der Vergangenheitsbewältigung im Fall Kwangju mitverfolgen, aber das Vorgehen der Regierung stimmte die Betroffenen auch nachdenklich. Sie fragten sich, ob der Prozess der Entschädigung und die Höhe der ausgezahlten Gelder gerecht seien. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit kamen Aktivisten der Aufarbeitung und Intellektuelle gleichermaßen zu dem Schluss, dass Untersuchungen der Entschädigung immer vorausgehen sollten. Ausnahmen sollten nur in dem Fall genehmigt werden, wenn Betroffene kein Geld für ärztliche Behandlungen oder andere soziale Ausgaben zur Verfügung hätten. So unterschiedlich Motivation und Notwendigkeit der einzelnen Behörden waren, mit dem Thema umzugehen, so unterschiedlich – bisweilen sogar gegensätzlich – war auch deren Schwerpunktsetzung. Während die Aktivisten der Aufarbeitung dazu neigten, die historische Wahrheit an erster Stelle zu sehen, wollten die Familien der Opfer vor allem ihre Ehre zurück erhalten und hofften aber gleichzeitig auf Entschädigung. Für manche Opfer zählte bereits ein kleiner Geldbetrag als Zeichen einer Entschuldigung. Ihrer Meinung nach bildete diese symbolische Wiedergutmachung bereits eine formale Entschuldigung der Regierung und die Möglichkeit, nach Jahren des Leids und der Sippenhaft die volle rechtliche Anerkennung zu erhalten. Aber die Regierungen Südkoreas zogen nie Wiedergutmachungsmaßnahmen für die Opfer der Massaker des Koreakrieges in Erwägung. Einige Hinterbliebene fordern noch heute Entschädigung für den Tod von Familienangehörigen und den Verlust von materiellen Gütern. Die Opfer von Guchang und Jeju haben in der Nationalversammlung eine Petition auf finanzielle Entschädigung eingereicht. Doch sie blieb bislang vergeblich.

5.2. Die Gefahr einer Politisierung des Aufarbeitungsprozesses

Als Präsident Moo-hyun Roh großen Wert auf die Notwendigkeit einer umfassenden historischen Aufarbeitung legte, zweifelten nicht nur die Konservativen, sondern auch die Linken an seinen wahren Beweggründen.

Konservative Politiker und die Medien verurteilten seine Politik als rückwärtsgewandt, während dringende Probleme vernachlässigt würden. Auch einige Intellektuelle hegen bis heute Zweifel daran, ob es sinnvoll sei, Aufklärungsarbeit über die Staatspolitik zu stellen. Beide Gruppen betrachten die Truth and Reconciliation Commission als direkt vom Präsidenten gelenkt. Unter diesen schwierigen Bedingungen versucht nun die TRCK, für das institutionalisierte Bemühen um historische Aufarbeitung in der Öffentlichkeit Zuspruch zu gewinnen. Alles dreht sich um die Frage, ob diese Aufgabe in die Zukunft gerichtet oder ob sie aus politischen Gründen rückwärtsgewandt ist. Die Fürsprecher der Kommission argumentieren, dass es ohne die Vergangenheit zu verarbeiten, keine Zukunft geben kann. Doch die Konservativen halten mit ihrer Ansicht dagegen, das Vorhaben sei falsch motiviert, es sei für Spaltung und Konflikte verantwortlich und ohnehin rückwärtsgewandt. Das Dilemma ist die Tatsache, dass der Umgang mit der Vergangenheit nicht erfolgreich sein kann ohne die Beteiligung der vorhandenen politischen Mächte. In dem Zusammenhang kam auch die Behauptung auf, dass jede Wahrheitskommission politischem Einfluss unterliegt. Der TRCK fehlen bis heute die rechtlichen Möglichkeiten, um der Wahrheit auf den Grund zu gehen, und sie wird dabei ständig mit dem Widerstand der Täter konfrontiert. Darüber hinaus gibt es noch eine weitere Einschränkung der Kommission: Als wichtigstes Element im Prozess der Vergangenheitsbewältigung haben die Entscheidungen der TRCK keine rechtlichen Auswirkungen. Es scheint daher sinnvoller zu sein, nur Nichtregierungseinrichtungen mit der Aufarbeitung der Vergangenheit zu betrauen, doch ganz ohne Beteiligung der Politik wird dieses Vorhaben kaum umgesetzt sein.

6. Schlussfolgerung

Ohne Frage kann die Vergangenheit nicht mehr verändert werden, doch können die Fehler, die in der Vergangenheit begangen wurden, Auswirkungen auf die aktuelle Politik, auf Gesetze, Institutionen und die Gesellschaft im Allgemeinen haben. Wenn sich die für Vergehen

und Verbrechen Verantwortlichen noch immer in Leitungspositionen befinden und die Opfer noch am Leben sind, ist es unerlässlich, die Fehler zu beseitigen, so dass die Gesellschaft in einer wahren Gerechtigkeit leben kann.

Was wäre das Ziel der historischen Aufarbeitung der Massaker des Koreakrieges? Erstens: Einen Zustand permanenten Friedens auf der koreanischen Halbinsel zu erreichen. Einzig und allein Frieden und Wiedervereinigung garantieren die Sicherheit und die Menschenwürde des koreanischen Volkes. Unsere Generation hat durch die Massaker eine wertvolle Lektion gelernt: Bürgerkriege können zahllose Massentötungen auslösen. Wenn wir uns der Gefahr für die Menschen während des Krieges bewusst werden, indem wir die wahren Umstände der Kriegsmassaker erfahren, neigen sich die Menschen wieder eher dem Frieden zu, lernen den Wert der Menschenrechte mehr zu schätzen und unterstützen auch politische Führer, die darauf bedacht sind, eine friedliche Gesellschaft zu schaffen. Zweitens: Die volle Rehabilitation für die Familien der Opfer und ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Wiedergutmachung und eine formale Entschuldigung kann die Betroffenen besänftigen, denen die Menschenwürde genommen wurde. Aber wenn einige Bürger mit dem Gefühl zurückbleiben, vom Staat falsch behandelt worden zu sein, ist es nicht hilfreich für das Vertrauen in Politiker und Staatsbedienstete, wenn Menschen durch die Untätigkeit des Staates ausgeschlossen werden. So wie sich das Fehlen jeglichen Schuldeingeständnisses ins öffentliche Bewusstsein einbrennen würde, könnte im Gegenteil eine offensive Politik dafür sorgen, dass die Betroffenen wieder in die Gesellschaft eingegliedert werden und sich damit das Gesicht der Zivilgesellschaft grundlegend ändert. Auf diese Weise könnte sich Südkorea in ein Land mit einer hohen Vertrauensbasis wandeln, das sensibel mit den Missständen seines Volkes umgeht.

(Übersetzt aus dem Koreanischen von Nataly Jung-Hwa Han)

Dong-choon Kim ist Associate Professor an der Sung Kong Hoe-Universität in Seoul und Standing Commissioner of the Truth and Reconciliation Commission.

Gekürzte Fassung aus: Christoph Kleßmann und Bernd Stöver (Hg.), Der Koreakrieg. Wahrnehmung – Wirkung – Erinnerung, Köln u.a. 2008, S. 161-178.

Mit freundlicher Genehmigung des Böhlau-Verlages Köln im Juni 2009

Zitierhinweis:

Dong-choon Kim, Die kollektive Erinnerung an die Massaker während des Koreakrieges und die historische Aufarbeitung in Südkorea, in: zeitgeschichte-online, Juni 2009,
URL:http://www.zeitgeschichte-online.de/portals_rainbow/documents/pdf/koreakrieg.pdf